

kritik & utopie ist die politische Edition
im mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische
und außeruniversitäre wissenschaftliche
Arbeiten.

Nähere Informationen zu Beirat,
Neuerscheinungen und Terminen unter
www.kritikundutopie.net



Lisa Grösel

FREMDE VON STAATS WEGEN

50 Jahre »Fremdenpolitik« in Österreich

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung durch

MA 7 – Kulturabteilung der Stadt Wien, Referat Wissenschafts- und
Forschungsförderung

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien 2016
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Renate Nahar
Satz: Bernhard Amanshauser
Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 7 EINLEITUNG
- 15 STAAT & REGULATION VON ARBEIT
Grundzüge eines neo-poulantzianischen Politikverständnisses – Die relative Autonomie des Politischen & die konkrete Form des Nationalstaats – Kämpfe, Hegemonie & konsensuale Einbindung: der soziale Staat
- 26 Fordistische Krise & Postfordistische Globalisierung
Die Internationalisierung des Staates – Exklusionen aus dem sozialen Raum
- 36 Kontrollregime – Politik der Sicherheit & der Repression
- 45 ÖSTERREICHISCHE POLITIK IN BEZUG AUF NICHTÖSTERREICHISCHE STAATSANGEHÖRIGE & ZUWANDER_INNEN IN DER ZWEITEN REPUBLIK
- 46 „Gastarbeiter_innen“ & die Sozialpartnerschaft
1960er Jahre: Zeit der Anwerbung – 1970er: Von der Ignoranz zum Aufnahmestopp – Exkurs: EG-Europäische Integration – Strukturelle Diskriminierung nach der Verrechtlichung 1975 – 1980er: Krise des Wohlfahrtsstaats, „Xenophobie“ & das Politikfeld Migration – Exkurs: Rechte Ideologeme, Rassismus & neoliberale Diskurse
- 100 Postfordistische Transformation & die Skandalisierung des „Ausländer_innen“-Themas
EG-europäische Integration & „Wanderarbeiter_innen“ – Erste Neuregulationen: Menschenrechte & Verhältnismäßigkeit – Eine Frage der Sicherheit? Östliche Nachbarstaaten – Abschottung nach außen – Sicherheit kompensiert Reduktion der Wohlfahrt – Neoliberale Sozialpolitik & Arbeitsregulation Ende der 1980er: Wirtschaftswachstum & Verarmung – Das offizielle Ende der Ära der Rotation – Österreich sichert sich die position in Osteuropa – 1990er: Die Inszenierung von Grenzen – Die neue Ordnung der „Ausländer_innen“-Politik – Eine geordnete „Ausländer_innen“-Politik: Reformgesetze 1991/1992 – Mitte der 1990er: Freizügigkeit, soziale Fragmentierung & die rassistische Normalität – EU-Beitritt, Bombenattentate & Sparpakete – Raum der Freiheit, der Sicherheit & des Rechts – Krise postfordistischer Globalisierung: EU, autoritärer Etatismus & Eskalation

204 Postfordistische Krisenbewältigungsregime: Marktautoritär,
populistisch, antisozial

Ökonomistische umfassende Ansätze: Das Migrationsmanagement – Osterweiterung & die eingeschränkte Freizügigkeit – Integrationszwang & Migrationshintergrund – Aufrüstung gegen Migrant_innen: Fremdenrechtspaket 2005 – Versicherheitlichung von Migration & das Grenzregime – Strukturelle Überausbeutung transnationalisierter Arbeitskraft – Die permanente Austerität – Repression, Humanitäres Bleiberecht & Terrorprozesse – Krise, der Vertrag von Lissabon, Sparpakete & Sozialpolitik – Optimierung & Verwertungslogik in der „Ausländer_innen“-Politik seit 2008 – Österreich im Wettbewerb um die besten Köpfe – Rot-Weiß-Rot-Karte – Zum Abschluss

297 SACHQUELLEN

304 LITERATUR

Einleitung

Asylwerber_innen und „Flüchtlingskrisen“, „Gastarbeiter_innen“ und Schlüsselkräfte, Menschen mit Migrationshintergrund, Zuwanderungswillige oder Saisonarbeiter_innen: In der Geschichte der Zweiten Republik waren „Ausländer_innen“-Themen immer schon Gegenstand öffentlich heftig geführter politischer Auseinandersetzungen sowie staatlicher regulativer Maßnahmen. Die dabei abgehandelten Themenfelder, gesellschaftlichen Aspekte und sozialen Spannungsfelder waren unterschiedlich und divers. Schwerpunkt- und Zielsetzungen in den öffentlichen Diskursen variierten im historischen Verlauf stark, und dennoch bezogen sie sich scheinbar auf die gemeinsame Tatsache, dass sie sich mit „Ausländer_innen“ oder mit „Fremden“ beschäftigten. Dadurch wurden nichtösterreichische Staatsbürger_innen ebenso wie Personen nichtösterreichischen Herkunft oder Kultur als „Anderer“ gekennzeichnet und als solche gesondert behandelt sowie gesonderten, auf nichtösterreichische Staatsbürger_innen (oder auch in einem vielfältig abgestuften System als Nicht-EU-Staatsangehörige) bezogenen Politiken und gesetzlichen Regelungen unterworfen. „Ausländer_innen“-Politiken sowie „Fremden“-Gesetzgebung sind in einer die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturierenden Form verortet, nämlich dem bürgerlichen Nationalstaat. Erst in staatlich verfassten Systemen konnte eine bestimmte Art der Differenzierung von Menschen in In- und „Ausländer_innen“ und ein spezielles Verständnis von Zugehörigkeit und Fremdheit erfolgen, das sich in rechtlichen, aber auch vorstellungsweltlichen und diskursiven Differenzen materialisierte.

7

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit der konkreten Geschichte der „Ausländer_innen“-Politiken eines einzelnen Staates, nämlich Österreichs, in einem spezifischen Zeitrahmen, nämlich der Zweiten Republik, die von den ausgehenden 50er Jahren bis heute reicht, und analysiert die Veränderungen und Entwicklungen staatlicher Politikgestaltung sowie die Gesetzgebungsprozesse, die sich mit nichtösterreichischen Staatsbürger_innen, internationaler Migration und Asylwesen beschäftigen. Der Ansatz, der dabei verfolgt wird, macht die staatlich-politische Struktur selbst zum Gegenstand der Untersuchung in ihrer geschichtlichen Gewordenheit und ihrer die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus regulierenden Funktion. In der Analyse der Geschichte der österreichischen „Ausländer_innen“-Politik wird dieser regulative Rahmen, also der Staat, in seiner in kapitalistischen Verhältnissen verorteten Aufgabe, seinen machtpolitischen Zielsetzungen und seinen Transformationen im Zusammenhang mit Veränderungen des Akkumulati-

onsregimes ständig mitreflektiert. Das Buch arbeitet damit in die „staatstheoretische Lücke“ in der Forschung zu Migration hinein. Es gibt nur wenige Untersuchungen, die im Hinblick auf das Politikfeld Migration Fragen nach „*Struktur, Funktionsweise und Legitimation moderner Staaten aufwerfen*“ und somit „*staatstheoretische Fragen ins Zentrum der Analyse der Migrationskontrollpolitiken*“ stellen, wie von Staatstheoretiker_innen der Gruppe um das „Staatsprojekt Europa“ beanstandet wird.¹ Das gilt offensichtlich ebenso für die Aufarbeitung der österreichischen „Ausländer_innen“-Politik. Am ehesten ist noch die Phase der „Gastarbeiter_innen“-Anwerbung in den 1960er Jahren zum Gegenstand von Untersuchungen geworden, die sich kritisch mit den politischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Eine systematische und umfassende Untersuchung der Veränderungen der „Ausländer_innen“-Politiken, die diese mit krisenhaften Transformationen der Akkumulationsregime zusammendenkt, fehlt hingegen völlig. Das vorliegende Buch möchte einen Beitrag dazu leisten, die Geschichte der österreichischen „Ausländer_innen“-Politiken schlüssig und lückenlos aus staats- und kapitalismuskritischer Perspektive neu zu erzählen. Dazu gehört, die Frage zu stellen, warum das „Ausländer_innen“-Thema gerade Anfang der 1990er Jahre in den öffentlich-politischen Diskursen so prominent wurde, in einer Zeit der raschen Neoliberalisierung der Politikgestaltung und ebenso rasch voranschreitender Prekarisierungsprozesse in den Arbeitsverhältnissen. Dazu gehört auch, den Blick auf die Verschiebung von Begrifflichkeiten und Vorstellungen in den 2000er Jahren zu richten, in denen einerseits das Konzept eines „Migrationshintergrundes“ in öffentlichen Diskursen auftauchte und andererseits das EU-europäische Grenzregime an Brutalität noch zulegte, beides zu einer Zeit, in der eine tiefe Krise des postfordistischen Akkumulationsregimes aufzubrechen begann und Fragen nach Umverteilung nicht gestellt werden sollten – Fragen und Kontexte, die auch in Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen zu berücksichtigen sind. Die Bedeutung der Politik, die sich mit unterschiedlichen Bereichen von Zuwanderung und mit als „fremd“ markierten Gruppen beschäftigt, erschließt sich im Zusammenhang mit hegemonie- und akkumulationssichernden Prozessen. Eine solche Annäherung an die „Ausländer_innen“-Politik in Österreich öffnet einen Zugang, der über eine Kritik an struktureller Diskriminierung und systematischer Unmenschlichkeit hinausgeht, und setzt dringend notwendige Schritte in eine Richtung, die das Politikfeld Migration und Staatsbürger_innenschaft in seiner wesentlichen Bedeutung in der Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse zu

1 Sonja Buckel, John Kannankulam, Jens Wissel | 2007: Die Transnationalisierung des Staates im Prozess der Entstehung einer gemeinsamen europäischen Migrationskontrollpolitik (Projektantrag bei der Deutschen-Forschungsgemeinschaft, Frankfurt/Main) Online: http://www.staatsprojekt-europa.eu/images/pdf/buckel_kannankulam_wissel_dfg_gek%20.pdf (15.01.2013) 3f

theoretisieren vermag. Dies geht weit über die staatspolitische Kontrolle von „Ausländer_innen“ hinaus und bildet in seiner Spaltungs-, Disziplinierungs- sowie einer identitätspolitischen Konsensfunktion ein Herrschaftsinstrument, das in erster Linie auf jenen Teil der ausgebeuteten und arbeitenden Klassen gerichtet ist, der als „eigene“ Staatsbürger_innen markiert ist. Es steht zu hoffen, dass eine solche Analyse des Politikfeldes Migration aus der Perspektive von Prozessen der Reproduktion von Herrschaft und der Regulation von Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen für solidarisches und inklusives gegenhegemoniales Handeln nutz- und fruchtbar gemacht werden kann. Neben den theoretischen Aspekten ist das vorliegende Buch wesentlich auch eine empirische Arbeit. Ein Teil des Buches (bis in die 1990er Jahre) beruht auf meiner Diplomarbeit am Institut für Geschichte der Uni Wien, die von Andrea Komlosy betreut wurde.² Der akademische Text wurde gestrafft und mit dem Anspruch, eine zeitlich umfassende und bis in die Gegenwart reichende Analyse der österreichischen „Ausländer_innen“-Politik vorzunehmen, im zeitlichen Rahmen erweitert. Zur Untersuchung der politischen Diskurse und gesetzgeberischen Prozesse habe ich als Primärquellen parlamentarische Materialien herangezogen: in erster Linie die in stenographischen Protokollen wörtlich festgehaltenen Debatten im Nationalrat, dann Ausschussberichte aus den jeweiligen Ressorts, Regierungsvorlagen mit den beigelegten erläuternden Bemerkungen zu den Gesetzesentwürfen, Expertisen im Rahmen von Begutachtungsverfahren, Initiativ- oder Abänderungsanträge der Nationalratsabgeordneten bzw. der Parteien, Petitionen etc. Eine weitere wichtige Quelle bildeten die Materialisierungen parlamentarischer Prozesse, die Gesetze selbst, die weniger von einem juristischen Standpunkt aus untersucht wurden, sondern im Rahmen einer materialistischen Politikanalyse auf ihre Implikationen, ihre machtpolitischen Absichten und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Menschen, die ihnen unterworfen werden sollen. All diese Materialien – ergänzt durch Texte, die sich auf EG- bzw. EU-Richtlinien und Normen beziehen – dienen als Quellen für eine explizit herrschaftskritische Untersuchung, die staatspolitische Diskurse und gesetzgeberische Prozesse ausgehend von einem Ansatz, der staatlich-politische Regulation als maßgeblichen Faktor in der Organisation von Mehrwertschöpfung und Ausbeutung in kapitalistischen Verhältnissen betrachtet, analysiert. Ein in diesem Sinne kritisches staatspolitisches Verständnis wird in seinen Grundlagen in einem einleitenden theoretischen Teil als Ausgangsbasis einer materialistischen Politikanalyse umrissen. Es wird argumentiert, dass regulierende Politik bestrebt ist, entgegen unter den Bedingungen kapitalistischer Akkumulation stets instabilen und konflikt-

2 Elisabeth Grösel | 2013: Die postfordistische Wende der politischen Regulation in Österreich im Bereich der Ausländer_innenpolitik. (Diplomarbeit, Universität Wien)

renden gesellschaftlichen Verhältnissen Stabilität herzustellen bzw. diese zu reproduzieren. Im ständigen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse forcieren die arbeitenden und ausgebeuteten Klassen mit aktiven und passiven Widerständen, in alltäglichen Praxen der Aneignung und in sozialen Kämpfen als treibende Kräfte Veränderungen, die die herrschende politische Form ständig aufs Neue zu Anpassungsleistungen, Korrekturen und Strategieänderungen zwingen. Gegenstand des Buches sind nicht die sozialen Kämpfe – auch wenn sie als wesentliche Wirkmacht von Wandel mitgedacht werden müssen –, sondern eben jene Anpassungsprozesse der regulierenden staatlichen Politik, ihre Strategien zur Reproduktion hegemonialer Macht und zur Stabilisierung von Akkumulationsregimen sowie die Auseinandersetzungen von nach staatlicher Herrschaft und Hegemonie strebenden Fraktionen untereinander. Entwicklungen und Veränderungen der „Fremden“-Politiken sind Teil von Anpassungsleistungen der Politik an geänderte gesellschaftliche Verhältnisse und geben ihrerseits Aufschluss über die Beschaffenheit von konflikt- oder krisenhaften Entwicklungen an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit. Eine Theoretisierung des Nationalstaates und seiner Rolle im globalen kapitalistischen System eröffnet eine Perspektive auf „Ausländer_innen“- und „Fremden“-Politiken, die diese Politikbereiche als zentral für die politische Steuerung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital herausstreicht. Das Politikfeld bestimmt soziale In- und Exklusionslinien und zielt auf Herstellung und Aufrechterhaltung von nationalem Konsens und Zustimmung über die Konstruktion von Zugehörigkeiten. Es etabliert über sowohl indirekt disziplinierende als auch direkte repressive Akte ein selektives Regime sozialer Ausschlüsse, das zugleich als Drohung und Blitzableiter für alle dient. Der systematischen und theoretischen Einbeziehung der Untersuchung der staatspolitischen Steuerung des Zugangs zu sozialen Räumen und Wohlfahrt soll besondere Aufmerksamkeit zukommen. Fragmentierung von und Exklusion aus Räumen sozialer Versorgung sind seit jeher Kerngebiet von „Fremden“-Politiken, die den Ausschluss aus dem sozialen Raum regulieren, während Arbeitskraft transnationalisiert verwertet wird. Eine darüber hinausgehende Perspektive, die ebenfalls in grundlegenden theoretischen Überlegungen Eingang finden soll, ist das Verhältnis von „Ausländer_innen“-Politik zu den Bereichen der Reproduktion sowie der Sorgearbeit. Diese werden zumeist in doppeltem Sinne unsichtbar gemacht: zum einen durch eine exklusive und gezielt ignorante und individualisierende staatliche Politik, zum anderen dadurch, dass diese Aspekte von Exklusivität, Hierarchisierung und Spaltung in den Migrations- und „Fremden“-Politiken – außer in queeren und feministischen Arbeiten – kaum jemals systematisch in die Analyse einbezogen werden.

Auf den theoretischen Teil folgt die konkrete und empirische historische Untersuchung der österreichischen „Fremden“-Politik. Diese kann in drei Phasen gegliedert werden, die sich aus den jeweiligen hegemonialen politi-

schen Bewältigungsstrategien von krisenhafter Entwicklung des Akkumulationsregimes in Österreich ergeben. Die in den 1950er Jahren einsetzende fordistische Ausweitung von Produktion und Konsum in Verbindung mit einer starken Position von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bringt ein von staatlichem Interventionismus geprägtes Regime hervor, das mit dem Ausbau von Wohlfahrtstaatlichkeit einhergeht und als dessen Ziel „Vollbeschäftigung“ propagiert wird. Mitte der 1980er Jahre kommt es in einer längeren Phase der postfordistischen Transformation zu einem tiefgreifenden Paradigmenwechsel in der Politikgestaltung: Neoliberale Konzepte beginnen auch in Österreich zu greifen, verbunden mit Sozialabbau und grundlegenden Transformationen von Arbeitsverhältnissen. Mit der Jahrtausendwende setzt sich in Österreich schließlich ein unverbrämt marktautoritäres Regime durch, in dem sich Staatlichkeit durch eine massive Umverteilung von unten nach oben auszeichnet, begleitet von aggressiven Formen von Repression und Exklusion. Im ersten Abschnitt wird analysiert, wie unter den spezifischen strukturellen und institutionellen politischen Bedingungen der österreichischen Sozialpartnerschaft und der besonders starken Einbindung korporativ-gewerkschaftlicher Institutionen aktiv „Gastarbeiter_innen“ aus Jugoslawien und der Türkei angeworben wurden. Das Konzept operierte mit einer nur temporären Verwertung nichtösterreichischer Arbeitskraft und negierte soziale Aspekte, die über eine Einspeisung zusätzlicher und billiger Arbeitskräfte in den nationalen Arbeitsmarkt hinausgingen. Konsequenterweise zögerte die staatliche Politik mit dem Virulentwerden der fordistischen Krise Anfang der 1970er Jahre nicht, diese Arbeitskräfte einfach „abzubauen“. In einer Phase der antizyklischen Politik, während der mit allen Mitteln die Vorstellung von „Vollbeschäftigung“ für alle österreichischen Staatsbürger_innen aufrecht erhalten werden sollte, wurden bis heute wirksame grundlegende gesetzliche Regelungen getroffen, die Aufenthalts-, Erwerbs- und Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung ohne österreichische Staatsbürgerschaft einschränkten und diese systematisch einer rechtlichen und sozialen Diskriminierung unterwarfen. Die absichtsvolle Konzentration staatlicher Sorge auf österreichische Staatsbürger_innen schuf Konfliktkonstellationen, die sich sowohl in einer materiellen Segmentierung der Bevölkerung als auch in der Verhärtung von symbolpolitischen Differenzdiskursen manifestierten. Der zweite Abschnitt setzt Mitte der 1980er Jahre ein, als sich die politisch-öffentlichen Auseinandersetzungen rund um die „Ausländer_innen“-Politik zu intensivieren begannen. 1990 schließlich markiert das Jahr, in dem Themen um Zuwanderung, Asylgewährung und Beschäftigung von nichtösterreichischen Staatsbürger_innen definitiv zu einem dominanten politischen Kampftema geworden waren. Häufig wird dies im Kontext des Erstarkens der autoritär-populistischen FPÖ und einer steigenden Zuwanderung in Folge der „Ostöffnung“ gelesen. Diese Sichtweise wird hier als zu stark verkürzt kritisiert. Vielmehr spielt bei den politischen Auseinandersetzungen

rund um das „Ausländer_innenthema“ das Bestreben der österreichischen staatlichen Politik eine zentrale Rolle, sich als Teil des EG-europäischen Blocks zu positionieren – ebenso wie österreichische Kapitalinteressen hinsichtlich der osteuropäischen Peripherie. In diesem Kontext begann staatliche Politik einen neoliberalen Kurs durchzusetzen. Wettbewerbsstaatlichkeit und Standortsicherung um jeden sozialen Preis standen nunmehr als prioritäre Agenda auf dem Programm. Politiken zur Regulierung nichtösterreichischer Staatsbürger_innen und Zuwander_innen bildeten angesichts zunehmend irregularisierter und prekärer werdender Arbeitsverhältnisse und der Zerrüttung von Wohlfahrtstaatlichkeit einen Bestandteil des Zugriffs auf und der Kontrolle von sowohl „inländischer“ als auch „ausländischer“ Arbeitskraft. Der Zugriff erfolgte auf mehreren Ebenen, zum einen mittels zunehmender Verrechtlichungen und der Stärkung ordnungs- und sicherheitspolitischer

12 Kompetenzen (als kontrollpolitische Begleiterscheinung der „Deregulierung“) sowie zum anderen symbolpolitisch durch eine vor allem von der staatlichen Politik (und nicht nur der extremen Rechten) getragene aggressive Fortschreibung der Umdeutung von sozialen Verteilungskonflikten in ethnisch/kulturelle. Die 1990er Jahre brachten eine Reihe von „Reformen“ in der „Ausländer_innen“-Politik, die durchaus in absichtsvoller und übereifriger Umsetzung von EU-Vorgaben Grundlagen für ein Regime postfordistisch erneuerter In- und Exklusionen legten, die durch und quer zu staatlich gefassten sozialen Räumen verliefen. Das Jahr 2000 wird in der Geschichte der österreichischen Politik häufig als „Wende“ markiert und war das Jahr, in dem die Regierungsgeschäfte durch eine marktautoritär-populistische ÖVP/FPÖ-Koalition übernommen wurden. Auch hier gilt, dass der Regierungswechsel alleine noch keine hinreichende Erklärung für das Einsetzen von staatsautoritären Dynamiken in der Politikgestaltung ist. Wenngleich besonders stark ausgeprägt, beschränkten sich diese Dynamiken keinesfalls auf Österreich, sondern sind als Wesenszug einer politischen Ausrichtung zu betrachten, die sich in einer vorangetriebenen „EU-Integration“ sowie einer Autoritarisierung und Aufrüstung von Staatlichkeit nach außen und nach innen manifestierte. Unter dem Druck von krisenhaften Entwicklungen des globalisierten Postfordismus und verschärfter Konkurrenz wurde EU-weit eine zunehmend antisoziale und entsolidarisierende Politik implementiert, die durch stark polarisierende Diskurse der Differenz, aber auch durch konkrete Maßnahmen direkter Repression und der Ausweitung von Kontrollregimen gekennzeichnet war. Auf Nicht-EU-Bürger_innen, Migration und Zuwanderung gerichtete Politiken sowie in steigendem Maße eine Skandalisierung von Asylgewährung wurden instrumental für die Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung und sollten Akzeptanz für selektive Politiken schaffen, ebenso wie sie die gleichzeitige staatliche Unterstützung von Finanzmärkten und -institutionen überdeckten. Indem einzelstaatliche Politik dort nach Zustimmung suchte, wo sie vorgeblich gegen bedrohliche

oder beghrliche „Andere“ agierte, sollte einerseits verschleiert werden, dass Überausbeutung und Prekarisierung zum Strukturmerkmal postfordistischer Krisenregulation geworden waren und dass hierbei andererseits Disziplinierungs- und Repressionsinstrumentarien zur Anwendung gelangten, die nicht alleine gegen „Andere“, sondern gegen alle gerichtet waren und sind.

Schlussendlich scheint es, als ob inklusive und solidarische Gesellschaftsentwürfe in grundlegendem Widerspruch zu einer Staatlichkeit stehen, wie sie die bürgerliche, nationalstaatliche repräsentative Demokratie darstellt, denn Hegemonie und Macht staatlicher Politik im Kapitalismus reproduzieren sich über Exklusionen, wie sie maßgeblich über die Gestaltung der „Ausländer_innen“-Politik manifest und eingeübt werden. Offenbar können inklusive und solidarische Gesellschaftsentwürfe nur im Rahmen radikal gegenhegemonialer sozialer Bewegungen entwickelt werden. Eine „Humanisierung“ staatlicher Politik scheint nicht in der Lage zu sein, eine fundamentale materielle und vorstellungsweltliche Spaltung in „Eigene“ und „Fremde“ aufzuheben – dazu bedarf es weiter reichender Strategien und politischer Praxen. Ich hoffe, dass es mir möglich ist, mit dem vorliegenden Buch einen Beitrag zu weiterführenden Diskussionen und (Selbst-)Reflexionen um systematische und strukturelle Rassismen und Exklusionen sowie um Strategien zur Schaffung von inklusiven transnationalen sozialen Räumen und widerständigen Bewegungen leisten zu können.

An dieser Stelle mein Dank an alle, die mich mit Gesprächen, Wertschätzung und auch mit der Sorge um meine Erholung bei der Entstehung des Buches unterstützt haben! Namentlich möchte ich jene erwähnen, die konkret zur Arbeit am Manuskript beigetragen haben: Danke an Rosi für ihre Begeisterung und ihre stets geradlinige Kritik, Gundula Ludwig dafür, dass sie mich auf dieser Reise, wie schon bei anderen Abenteuern, begleitet hat, und Claudia Totschnig als langjähriger und hochgeschätzter Weggefährtin für all die produktiven Auseinandersetzungen und Inspirationen, die zu dieser Arbeit beigetragen haben. Danke auch an Renate Nahar als meiner stets scharfsinnigen Lektorin.

Lisa Grösel
Wien Oktober 2015